

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5,50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg., Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4590. — Postfachkonto Nr. 53477

**Redaktion:** Leipzig, Tauscher Str. 10/21  
Telefamt-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telefon 13693. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauscher Straße 10/21 — Telefon 4590

**Inseratenpreise:** Die 7 gespaltene Kolonellzeile oder deren Raum 1,90 Mk., bei Absatzschrift 2,30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1,70 Mk. Reklame-Kolonellzeile 7,50 Mk. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Nahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Die Entente gegen die Neutralität Deutschlands?

Paris, 30. Juli. Der *Matin* meldet: Der französische Volkshater in Berlin ist zur Berichterstattung über die deutsche Neutralitätsklärung an den Alliiertenrat aufgefordert worden. Es besteht bei keiner Entente-Kommission die Absicht, diese Neutralität, die durch Dr. Simon's Bolschewistenrede im Reichstag eine eigenartige Begründung erfahren hat, anzunehmen. Nach einer Meldung des *Journal des Debats* stehen die Beratungen im Alliiertenrat über die deutsche Neutralitätsklärung vor ihrem Abschluß.

### Die englischen Forderungen für die Verhandlungen mit Rußland.

London, 30. Juli. In der Antwort der englischen Regierung an Tschitscherin, die Lord George im Unterhaus verlas, heißt es weiter, daß bezüglich des Zweckes der Zusammenkunft, der dazu einzuladenden Mächte und der hauptsächlichsten zur Erörterung kommenden Fragen keine Zweifel bestehen sollten. Die letzten beiden Telegramme der Sowjetregierung ließen jedoch einige Zweifel bezüglich dieser Punkte zu: Die englische Regierung sei der Ansicht, daß, wenn die Beratungen zwischen den alliierten Regierungen und der Sowjetregierung einige Aussicht auf Erfolg haben sollten, die Vertreter Polens und der in Frage kommenden Randstaaten auch dabei sein müßten. Hauptzweck der Konferenz solle die Wiederherstellung des Friedens in Europa sein, und zwar in erster Linie zwischen Polen und Rußland. Die Konferenz solle auch die noch schwebenden Fragen zwischen Sowjetrußland und den Randstaaten berufen und dann nach Regelung dieser Fragen dazu übergehen, sich mit den zwischen Sowjetrußland und den Alliierten schwebenden Streitfragen und der Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen ihnen zu befassen.

### Die russische Auffassung.

Rotterdam, 30. Juli. Krassin sagte in einer von der *Duits Mail* veröffentlichten Unterredung: Sowjetrußland werde keine Einmischung bezüglich der Regierung oder der staatsrechtlichen Stellung irgendwelches Teiles des früheren russischen Reiches einschließlich Mittelasiens und des Kaukasus dulden. Er erklärte ferner, die russischen Delegierten müßten auf der Konferenz in London als Gleichberechtigte behandelt werden.

### Die polnische Nordarmee vernichtet.

Berlin, 30. Juli. Nach den in Ostpreußen vorliegenden Meldungen ist die Umfassung und Vernichtung der polnischen Nordarmee vollzogene Tatsache. Die Russen haben die Festungen Ossowiez, Suwalki und Lomza erobert. Sie haben die unmittelbar an der ostpreussischen Grenze gelegenen Orte Grajewo und Sutschin genommen. Augustowo ist von den Bolschewisten besetzt. Eine Verkleinerung der Sowjettruppen mit der ostpreussischen Grenze wurde bislang vermieiden.

### Die Wahrung der Neutralität.

Königsberg, 31. Juli. Aus Ost wird gemeldet: Die Entente scheint das Abklimmungsgebiet als Operationsbasis gegen Sowjetrußland benutzen zu wollen. Italienische Truppen sollen nach Wien abtransportiert werden. Die deutschen Eisenbahnen in Ost weigern sich, den Transport abzugeben zu lassen, wenn die Italiener nicht die Garantie geben, daß die Truppen nicht gegen die Russen verwendet werden. Der Abtransport ist infolgedessen noch nicht erfolgt.

### Wieder ein entlarvter Schwindel. Die russischen Friedensbedingungen für Polen.

London, 31. Juli. (U.) Dem *Evening Telegraph* wird aus Kopenhagen gedruckt, daß Litwinski im Verlauf einer Unterredung mit Pressevertretern diesen erklärte, daß Rußland durchaus nicht beabsichtige, Polen harte Bedingungen aufzulegen. Rußland habe den Grundsat der Freiheit und des Selbstbestimmungsrechts der Völker sich zu eigen gemacht, und auch keine militärischen Erfolge können es nicht zu einer anderen Auffassung bringen. Die Polen aufzulegenden Bedingungen würden sich diesen Grundsatzen anpassen.

Womit der Schwindel der gestrigen Meldungen über die russischen Waffenstillstandsbedingungen enthüllt ist.

### Uebertritt polnischer Truppen nach Deutschland.

Berlin, 30. Juli. Wie der Berichtstatter des *Abendblattes* von der polnischen Front meldet, überschritt die erste polnische Truppenabteilung die deutsche Grenze bei dem Dorfe

Wettkin. Es handelte sich um eine Bauabteilung, die sich aus Suwalki zurückziehen wollte und von russischer Reiterei verfolgt wurde. Sie wurde von der Sicherheitspolizei entwaffnet. Nach einer weiteren Meldung räumten die polnischen Grenzwachposten ihre Stellungen dicht vor Ost. Die nach Grajewo entkommenen Reste des polnischen Nordflügels sollen nun versuchen, gegen Lomza durchzubrechen.

Maxenburg. Abgeschnittene polnische Truppen in Stärke von 2000 Mann und 40 Offizieren haben bei Proßen die deutsche Grenze überschritten. Es schweben Verhandlungen über ihre Entwaffnung. Die übergetretenen Truppen sollen in das Lager Wros übergeführt werden. Die russischen Vorhutten streifen an der ostpreussischen Grenze entlang, ohne die Grenze zu überschreiten.

### Herabsetzung des Braunkohlenpreises.

Berlin, 30. Juli. In einer bis in die späten Abendstunden dauernden Sitzung beriet der Reichskohlenverband zusammen mit dem großen Ausschuh des Reichskohlenrates gestern über Herabsetzung der Braunkohlenpreise. Nach einer, unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Dr. Hirth abgehaltenen Vorbesprechung, beschloßen beide Körperschaften, den Preis für das Mittel- und Ostdeutsche Revier bei Weisitz um 10 Mk. je Tonne, bei Nordbraunkohle um 9 Mk. je Tonne herabzusetzen, für das Rheinische Gebiet den Preis für Weisitz um 12 Mk. für Nordbraunkohle um 8 Mk. herabzusetzen. Hierzu kommen für den Verbraucher noch 20 Prozent der obigen Beträge, welche an Kohlensteuereigentümer werden. Der Beschluß bedeutet eine Herabsetzung der Braunkohlenpreise um etwa 12 bis 15 Prozent und stellt einen erheblichen Fortschritt auf dem Wege des allgemeinen Preisabbaues dar.

Gegen einen Beschluß der alten Köpferkassier, für die Steinkohlen pro Tonne 4 Mark Preiserhöhung zu fordern, legte die Regierung Einspruch ein. Es wurde darauf ein kleiner Ausschuh aus Arbeitgebern, Arbeitnehmern und einem Verbraucher gewählt, der dem Reichskabinett den Standpunkt der Bergbauinteressenten darlegen soll.

### Die tschecho-slowakischen Transporte.

Berlin, 30. Juli. Wie das Reichswehrministerium mitteilt, werden die aus Sibirien über Amereita kommenden und in Hamburg gelandeten tschecho-slowakischen Transporte im Einverständnis aller Reichsbehörden durch Deutschland nach der Tschecho-Slowakei befördert. Die Transporte sind demnach nicht „geheim“ und nicht „verdächtig“. Nach den ebenfalls schon vor mehreren Monaten mit der Tschecho-Slowakei getroffenen Abmachungen treffen am heutigen Tage weitere Dampfer mit rund 5000 tschecho-slowakischen Soldaten als letzte Rate in Hamburg ein. Ihre Weiterleitung durch Deutschland ist in gleicher Weise wie bei den früheren Transporten in Aussicht genommen.

Cuxhaven, 30. Juli. Die gestern gelandeten Tschecho-Slowaken wurden heute in drei Sonderzügen nach der Heimat befördert. Die Waffen folgen in späteren Zügen nach, jedoch die Truppen ohne Waffen durch Deutschland reisen. Ein Mitglied des Hamburger Arbeiterrates ist zur Prüfung der Waffensache hierher gekommen. Ein Arbeitervertreter wird einen der Züge bis Harburg begleiten.

### Eine Demonstration belgischer Frontkämpfer im Parlament.

Brüssel, 30. Juli. Gestern fand hier eine umfangreiche Kundgebung ehemaliger Frontkämpfer statt. Sie war ein Protest gegen die Regierungsvorlage zur Gründung eines Fonds zugunsten der ehemaligen Frontkämpfer. Die Manifestanten verlangten, daß jedem einzelnen von ihnen eine bestimmte Entschädigungssumme ausgezahlt werde. Mit ihren Fahnen drangen die Demonstranten in den Sitzungssaal des Parlaments ein und unterbrachen die Sitzung. Erst nach langen Verhandlungen gelang es, die Demonstranten zum Verlassen des Saales zu bewegen. Durch inzwischen herbeigeholte Gendarmen gelang es auch, die Manifestanten aus der Umgebung des Parlaments und der Regierungsgebäude zu entfernen. Der Ministerrat hat gegen die Hauptführer der Demonstranten und gegen die Zeitung *Vaderland* Anklage erhoben. Die Zeitung hatte die Frontkämpfer zu dieser Kundgebung aufgefordert.

### Schulstreik in Düsseldorf.

Düsseldorf, 30. Juli. Die sozialdemokratischen Parteien, die freien Gewerkschaften und die Freidenker haben heute den Schulstreik beschlossen, um die Stadtverwaltung zu nötigen, für die Disidentenkinder besondere religionslose Schulsysteme einzurichten.

### Ungarische Spekulationen. Das Bollwerk der Gegenrevolution.

(b.) Wien, 24. Juli.

Der Klassenkampf in Ungarn — in Form der Parlaments- und Regierungskrise — einerseits zwischen den kleinen Landwirten und dem Großgrundbesitz, andererseits zwischen den Agrariern und dem Lumpenproletariat der beschäftigungslosen Offiziere und Beamten wurde einstweilen durch ein Kompromiß — gemeinsamer Kampf gegen Sowjetrußland — in den Hintergrund gerückt. Regierungskrise, Parlamentskrise, Parteienkrise waren die äußerlichen Zeichen dieses Klassenkampfes. Bodenreform, Steuererlasse, Vermögensabgabe, Aufrechterhaltung der Offizierstruppen waren die Objekte des Kampfes.

30 Tage lang dauerte die Krise. Die Vertreter der verschiedenen Richtungen haben sich bemüht, die Macht an sich zu reißen. Offiziersterror, d. h. reine Militärdiktatur, oder konservativ-reaktionäre Bürgerdiktatur; das waren die beiden Richtungen, in denen man die Krise zu lösen versuchte. Gall, Kubinek, Wechs, Szabó de Nagyatád, Vertreter des Großgrundbesitzes, der Terroristen, der kleinen Landwirte waren mit der Kabinettbildung beauftragt — keiner konnte die Krise lösen, keiner konnte sich die Majorität im Parlament sichern.

Da kam der Erzherzog Graf Teleki mit der Plattform, in welcher alle Parteien und herrschenden Klassen übereinstimmen: Ungarn soll den Verbündeten die militärische Hilfe gegen Sowjetrußland anbieten und dafür die Erlaubnis erhalten, die Armee weiter auszubauen, materielle Hilfe und Kriegsausrüstung bekommen.

Dieses Regierungsprogramm ist für alle Parteien annehmbar. Die Terroristen erhalten eine noch stärkere Armee, Macht und Militärdiktatur sind gesichert, das Kriegshandwerk wird weiter betrieben, Worb, Raub und Plünderungsfreiheit werden „gesetzlich“ gewährleistet. Der Kampf gegen das Bolschewistengespenst ist auch eine Herzensangelegenheit der Großgrundbesitzer und kleinen Landwirte.

In 48 Stunden hat Herr Teleki die Krise gelöst und das sogenannte „Kampfkabinett“ zustande gebracht.

Die Regierungserklärung war vor allem eine Kampfansage an die österreichische Regierung wegen des Bonfotts und wegen der Freilassung Bela Kuns. Entstellungen, Lügen und Drohungen gegen ein wehrloses Land sind die ersten Neuzugungen der Kämpferregierung.

Dann kam das Hauptstück des Schauspiels, die Solidaritätsklärung der ungarischen Gentry mit der polnischen Schlacht.

„Die führenden Staatsmänner des Westens müssen einsehen, daß energiereichere Maßnahmen getroffen werden müssen. Wir sehen wie die polnische Brudernation heldenmütig im Kampfe steht, wie so oft in der Geschichte, und wir bedauern, ihr im Augenblick nicht zu Hilfe kommen zu können. Wir fordern jedoch, daß Polen in unserm, in Polens und Europas Interesse durch Europa unterstützt werde.“

„Wir waren Jahrhunderte hindurch die Bannerträger des Christentums in Europa. In diesem Kampfe werden wir die getreuen Gefährten Polens sein und auch jetzt bieten wir alles auf, damit es im Westen anerkannt werde und damit ihm alle mögliche Hilfe zuteil werde, solange es uns nicht anders möglich ist, nur moralisch. Wir würden es aber gern auch anders tun.“

Die Konterrevolution in Ungarn bietet ihre Dienste der europäischen Konterrevolution an. Sie bietet die Ausdehnung des weißen Terrors auf Mitteleuropa an und fordert dafür das Recht auf Rückeroberung der Slowakei, Siebenbürgens und der Banats.

Die den europäischen Frieden gefährdenden Pläne der ungarischen Konterrevolution sind aufgedeckt. Das revolutionäre Proletariat, die Demokratie der Randstaaten, in erster Linie in der Tschechoslowakei und in Oesterreich, müssen diesen Plänen mit aller Kraft, mit dem rücksichtslosesten Kampfe entgegenzutreten — sonst wird der weiße Terror, die blutige Konterrevolution ganz Mitteleuropa überfluten.

Soweit unser Korrespondent. Die Entente hat inzwischen, wie sie verkünden ließ, das Angebot Ungarns, die militärische Hilfeleistung für Polen, abgelehnt, weil sie die Entwaffnung des Landes nicht hinausgeschoben wissen will. Damit ist der Kernpunkt der teleki'schen Regierungsprogramms gefallen, und die innere Krise droht aufs neue auszubrechen. Die Gefahr für Europa wird dadurch natürlich nicht abgewendet, sondern eher vergrößert, da die ungarischen Militäristen alles aufbieten werden, um ihre Stellung zu halten. Vor allem aber wächst die Gefahr neuer blutiger Ver-